

Pressefreiheit in China

Regimekritische Journalistin erneut verurteilt

Es ist selten, dass die chinesische Justiz ein Berufungsverfahren zulässt. Bei der zu sieben Jahren Haft verurteilten Journalistin Gao Yu war dies der Fall. Allerdings blieb die Justiz uneinsichtig.

Matthias Müller, Peking
26.11.2015



Die chinesische Journalistin Gao Yu in einem Archibild von 2009. (Bild: AP)

Nachdem ein Gericht in Peking am Dienstag das Urteil in der Berufungsverhandlung um zwei Tage hinausgezögert hatte, keimte Hoffnung auf, dass die zu sieben Jahre Haft verurteilte [71-jährige Journalistin Gao Yu](#) an diesem Donnerstag Gnade erfahren sollte. Allerdings trog die Zuversicht. Die Strafe für Gao wurde nur um zwei verringert – trotz unhaltbaren Vorwürfen, einem äusserst zweifelhaften Verfahren und den gesundheitlichen Problemen, mit denen die unbeugsame Journalistin zu kämpfen hat. Sie leidet unter einer Herzkrankheit, hohem Blutdruck, einer Hautallergie sowie einer Erkrankung des Innenohres (Morbus Menière). Zuletzt soll sie im Oktober dieses Jahres in einem Peking Gefängnis einen zweiten Herzinfarkt erlitten haben.

Pressefreiheit ein Fremdwort

Die 1944 in Chongqing geborene Gao, die bereits zweimal in chinesischen Gefängnissen sass, wurde im April wegen der «illegalen Weitergabe von Staatsgeheimnissen an das Ausland» verurteilt. Sie soll sich geheime Dokumente der Kommunistischen Partei Chinas beschafft und an die in den USA beheimatete chinesischsprachige Website «[Mingjing](#)» weitergegeben haben. Der Gründer der Seite, [Ho Pin](#), bestreitet diesen Vorwurf und verweist auf andere Quellen aus der Kommunistischen Partei, von der er die Dokumente erhalten habe. Der Fall von Gao zeigt einmal mehr, wie sehr Chinas Machthaber kritischen Journalismus und eine unabhängige Justiz verfolgen und ablehnen. Auf der von den Reportern ohne Grenzen erstellten [Rangliste der Pressefreiheit](#) belegt China unter 180 Staaten den 176. Platz.

Bei den weitergeleiteten Unterlagen soll es sich um das berüchtigte «[Dokument Nr. 9](#)» handeln, in dem sieben Tabus beschrieben werden, über die nicht an chinesischen Universitäten oder in den Medien gesprochen werden

darf. Es handelt sich dabei um westliche – universale – Werte wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Diese werden in dem Dokument aufs Korn genommen und scharf attackiert.

Die preisgekrönte Journalistin, die auch für die Deutsche Welle tätig war, hatte nach ihrem spurlosen Verschwinden im April vergangenen Jahres zunächst im staatlichen Sender China Central Television (CCTV) ihre Schuld eingestanden. Diese Aussage widerrief sie jedoch wieder. Da zeitgleich ihr Sohn festgenommen worden war, [dürfte der Druck auf Gao immens gewesen sein](#), sich vor laufender Kamera reumütig zu zeigen, um damit Unbill von ihrem Sohn abzuwenden. Im November hatte der Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit begonnen, bevor Mitte April dieses Jahres das Urteil verkündet wurde.

Die humanitäre Frage ist, ob die gesundheitlich angeschlagene Gao ihren Gefängnisaufenthalt überleben wird. Es gab in den vergangenen Jahren in China immer wieder Fälle, dass inhaftierte Aktivisten in den Gefängnissen oder nach der vorzeitigen Entlassung an den Folgen der Haft starben. Im Juli dieses Jahres kam der tibetische Mönch [Tenzin Delek Rinpoche](#), der wegen «Terrorismus und Anstiftung zum Separatismus» zu einer lebenslangen Haft verurteilt worden war, im Gefängnis ums Leben.

Im März vergangenen Jahres bezahlte die Aktivistin [Cao Shunli](#) ihre Gefängnisstrafe mit dem Leben. Kurz nachdem sie vorzeitig entlassen worden war, starb sie an Organversagen. Während der Haft wurde ihr medizinische Versorgung vorenthalten. Und ihre Verwandten durften sich von Cao erst zwei Wochen nach deren Tod verabschieden. Der Leichnam soll Blutergüsse und andere Verfärbungen aufgewiesen haben. Folter ist in chinesischen Gefängnissen trotz der 1988 erfolgten Ratifizierung des «[Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe](#)» der Vereinten Nationen immer noch Gang und Gäbe. Auch die unter Folter herausgepressten «Geständnisse» sind vor Gericht gültig. Die Folterer selbst kommen in den meisten Fällen ungeschoren davon.

Tiefe Ost-West-Kluft

Wie weit China und der Westen punkto Menschenrechte und Rechtsstaat voneinander entfernt sind, hatte jüngst der chinesisch-deutsche Menschenrechtsdialog gezeigt, der in diesem Jahr zum 13. Mal stattfand. Bei der anschließenden Medienkonferenz traten die Differenzen ungewohnt offen zutage. Der Menschenrechtsbeauftragte im chinesischen Aussenministerium, [Li Junhua](#), redete sich regelrecht in Rage und zeigte sich darüber verwundert, dass die Menschen in Deutschland negativ zur Lage der Menschenrechte in China eingestellt seien. Er verwahrte sich auch dagegen, die Unabhängigkeit der chinesischen Justiz in Frage zu stellen, was angesichts des Einflusses der Exekutive jedoch ein Hohn ist.

Die deutsche Seite, angeführt vom [Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Christoph Strässer](#), hatte den Chinesen eine Liste von 20 Einzelfällen überreicht, die wegen ihrer kritischen Haltung in Haft sitzen. Strässer fragten denn auch, ob es sich dabei nur um Einzelfälle handele, oder ob sie nicht für generelle Mängel im chinesischen Justizsystem stünden.

Freilassung gefordert

Li äusserte sich auch zur [Inhaftierungswelle von bis zu 300 Menschenrechtsanwälten und Aktivisten](#) im Sommer dieses Jahres, von denen laut Amnesty International immer noch 28 spurlos verschwunden sind. Die Zahlen seien nicht korrekt, sagte Li, ohne jedoch konkret zu werden und verwies darauf, dass die Anwälte mit ihrem Tun die gesellschaftliche Ordnung schwerwiegend gestört hätten. Die Verfahren gegen sie erfolgten nach Recht und Gesetz, was sich aus Sicht der Inhaftierten wie eine Drohung anhören muss. Besonders die Anwaltskanzlei Fengrui hatten die Sicherheitsbehörden im Sommer ins Visier genommen. Als die deutsche Seite ihre chinesischen Gesprächspartner darauf ansprach, hiess es lediglich, es handele sich um eine «kriminelle Bande». Sie blieb allerdings die Antwort schuldig, was genau darunter zu verstehen sei.

Strässer äusserte sich auch nach der Ablehnung des Antrags auf Haftverschonung der Journalistin Gao. Er forderte die chinesische Führung erneut zur Freilassung aller Menschen auf, die wie Gao Yu friedlich von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machten. An diesem Donnerstag ist jedoch die Hoffnung auf Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit im Reich der Mitte weiter geschwunden.

Kommentar :

[Lukas Christen](#)

Die Presse- und Meinungsfreiheit ist ein immer wieder reklamiertes und hoch geschütztes Gut "westlicher" Kultur. Das ist richtig und wichtig. In China sieht man das etwas anders. Und das hat Gründe, die über eine sehr lange Zeit gewachsen sind.

Im Westen hat man gelegentlich etwas aus den Augen verloren, dass jede Freiheit auch Grenzen hat und Verantwortung mit sich bringt. Die Medien gehen mit dieser Freiheit nicht selten etwas sorglos und gelegentlich sogar bewusst und vorsätzlich fahrlässig um. Letztlich geht es auch ums Geld. Und wer das hat, der kann sich auch eine Lobby und gute Anwälte leisten - abgesehen von der Macht der "Vierten Macht".

In China scheint es, dass man dieser Entwicklung entgegenwirken will. Ob das funktioniert, und ob es überhaupt richtig ist, das kann diskutiert werden. Doch dass die Autoritäten es tun, ist nachvollziehbar.

Meinungs- und Pressefreiheit ist ein wertvolles Gut. Sie hat Kraft und Macht. Deshalb wäre es wichtig, im Westen viel Aufmerksamkeit auf die Sorgfalt zu legen - auch zwischen den Zeilen...